

**Protokoll der 63. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
am Freitag, 27.02.2015, 20:00 Uhr,
im Dorfgemeinschaftshaus, In der Wolbig 2, 63654 Büdingen-Wolf,**

Anwesend waren:

CDU-Fraktion

Dießl, Reinhold
Gerlach, Markus
Gohlke, Kerstin
Jentsch, Dieter
Kalbhenn, Petra
Luft, Bernd
Merz, Klaus
Preußner, Robert

ab 22:15 Uhr

SPD-Fraktion

Haberland, Christian
Kaiser, Matthias Stefan
Kemink, Gerhard
Kleta, Rolf
Richter, Horst
Siemon, Carola
Stürz, Edgar

FWG-Fraktion

Gottmann, Armin
Knab, Kirsten
Kraft-Marhenke, Sabine
Majunke, Ulrich
Schierhorn, Wilhelm

FDP

Preißner, Dorothea

Pro Vernunft-Fraktion

Bähr, Gunnar
Faust, Wolfgang

Bündnis 90/Die Grünen

Cott, Joachim
Cott, Susanne
Lommel, Armin
Thielmann, Volker

NPD

Lachmann, Daniel

vom Magistrat

Hix, Manfred
Hornung, Reiner
Leitner, Bernd
Marhenke, Reiner
Mäser, Norbert
Nettelbeck, Jürgen

ab 21:50 Uhr

Spamer, Erich Bürgermeister
Welling, Elmar

Schriftführer

Bennemann, Gerhard Magistratsoberrat
Sommer, Sabine

Entschuldigt fehlen:

CDU-Fraktion

Harris, Benjamin Carlos
Müller, Heinz-Walter

SPD-Fraktion

Geyer, Otto
Moritz, Sebastian
Schlösser, Heidi

FWG-Fraktion

Ditzel, Wilhelm
Kroll, Axel
Strehm, Tim

Bündnis 90/Die Grünen

Klein, Sylvia

vom Magistrat

Diefenbach, Horst
Molz, Wilfried

Tagesordnung:

- 1 Anfragen aus der Bevölkerung
- 2 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers
- 3 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen
 - 3.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Bähr, betr.: "Hohe Straße", hier: Baumpflanzung am Rastpunkt Lohrbach
Vorlage: Anf/344/2015
 - 3.2 Aktuelle Anfrage des Stv. Jentzsch, betr.: Baumaßnahme "Düdelzheimer Str."
Vorlage: Anf/345/2015
 - 3.3 Aktuelle Anfrage des Stv. Jentzsch, betr.: Beginn der Baumaßnahme "Berliner Str."
Vorlage: Anf/346/2015

- 3.4 Aktuelle Anfrage der Stve. Kalbhenn, betr.: Sachstand Sportplatzsanierung
Vorlage: Anf/347/2015
- 4 Bericht des Kämmerers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum
Haushalt
- Anfragen der Fraktionen
- 5 Anfrage des Stv. Lachman, betr.: Geplante Ersteinnahmeeinrichtung in der Ka-
serne
Vorlage: IV/156/2015
- 6 Anfrage der Fraktion CDU, betr.: Folgemaßnahmen nach Beendigung des Pro-
jekts "Familienstadt mit Zukunft"
Vorlage: IV/157/2015
- 7 Anfrage der Fraktion SPD, betr.: Sachstand zur Beendigung der Verträge "Reich-
hardsweide" mit der HLG
Vorlage: IV/158/2015
- Anträge der Fraktionen und Beiräte
- 8 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Nein zu den Freihandelsabkommen TTIP und
TISA
Vorlage: III/425/2015
- 9 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Frei-
handelsabkommen gefährden
Vorlage: III/426/2015
- 10 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Nein zur Erstaufnahmeeinrichtung
Vorlage: III/427/2015
- 11 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Asylantenflut auf Büdingen stoppen
Vorlage: III/428/2015
- 12 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Beleuchtung zwischen Eberhard-Bauner-Allee
und Bahnhofstraße
Vorlage: III/429/2015
- 13 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Schulbetreuung an der Stadtschule Büdingen der
1. und 2. Klasse
Vorlage: III/435/2015
- 14 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Schulkinderbetreuung an Grundschulen in Büdin-
gen durch die Schulfördervereine
Vorlage: III/430/2015
- 15 Antrag der Stve. Preißer, betr.: Hochwasserschutz - Maßnahmen im Ernstfall
Vorlage: III/431/2015

- 16 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Auftragsvergabe der HLG - hier: Anhörung des Finanzausschusses
Vorlage: III/432/2015
- 17 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Areal der ehemaligen Armstrong Barracks
Vorlage: III/433/2015
- 18 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Städtebauliches Konzept für das Gelände der Armstrong Barracks
Vorlage: III/434/2015

Vorlagen des Stadtverordnetenvorstehers

- 19 Vorlage des Büros für Organarbeit, betr.: Antrag der FDP-Vertreterin, Frau Preißer, betr.: Mobiler Mandatsträger
Vorlage: III/411/2014/1

Ausschussberichte

- 20 Bericht des Ausschusses WET, betr.: Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 19 "Reichardsweide" zur Errichtung eines Tegut-Marktes
Vorlage: I/394/2014/2
- 21 Bericht des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses betr. Büdingen, Stadtteil Orleshausen, Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 2 "Am Herracker II"
Vorlage: I/089/2013/1/1/1
- 22 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses; Hier: Änderung der Entschädigungssatzung
Vorlage: II/318/2014/2
- 23 Bericht des Ausschusses WET, betr.: Gestattungsverträge Windkraft
Vorlage: VI/121/2015
- 24 Zwischenbericht der Verwaltung zu: Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Einrichtung öffentlicher WLAN-Hotspots
Vorlage: III/402/2014/1
- 25 Vorlage des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft, betr.: Wirtschaftsplan 2015 gem. § 15 EigBG
Vorlage: I/426/2015/1

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

- 26 Vorlage des Gemeindevorleiters, betr.: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Angaben zu den Wahlbewerbern auf den Stimmzetteln
Vorlage: II/348/2015
- 27 Vorlage des Hauptamtes, betr.: Vorschlag zur Mitgliederwahl des Ortsgerichts

- Büdingen III
Vorlage: I/420/2015
- 28 Jahresabschluss der Stadt Büdingen für das Haushaltsjahr 2009
Vorlage: I/395/2014/1
- 29 Breitbandausbau in Büdingen
Vorlage: I/431/2015/1/1
- 30 Büdingen, Stadtteil Büdingen; Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Kasernengeländes
Vorlage: I/419/2015/1
- 31 Stadtumbau in Büdingen, Emil Diemer-Anlage: Freiflächenplanungen LPH 1-3 HOAI.
Vorlage: I/406/2015/1
- 32 Büdingen, Stadtteil Calbach, Aufstellung eines Bebauungsplans für die Grundstücke Fl. 5 Nr. 82 und 83 "Die Grundwiesen"
Vorlage: I/993/2013/2
- 33 Bauvoranfrage / Antrag auf Aufstellung einer Satzung gem. § 34 BauGB / Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich "Ober dem Froschgarten"
Vorlage: I/415/2015/1
- 34 Umgestaltung der B 457 im Abschnitt Berliner Straße - An der Saline, Beschluss vom 31.01.2014, (Top 8, Vorlage: III/372/2014)
Vorlage: I/434/2015/1/1
- 35 Vorlage des Bürgermeisters, betr. Spielplatz "Am Dohlberg"
Vorlage: II/349/2015
- 36 Interkommunale Zusammenarbeit betr. Beschaffung von 4 Drehleitern im Wetteraukreis
Vorlage: II/351/2015
- 37 Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte
- 37.1 Änderung des Erbbaurechtsvertrages mit dem Schützenverein Düdelsheim für die Schießanlage am "Eichelbornrain"
Vorlage: I/439/2015/1
- 37.2 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“ in Eckartshausen
Vorlage: I/422/2015/1
- 37.3 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“ Gemarkung Eckartshausen, Flur 7 Nr. 119, Odenwaldring Nr. 2
Vorlage: I/423/2015/1
- 37.4 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet "Am Sonnwiesenrain III, Gemarkung

Eckartshausen Flur 7 Nr. 131, Spessartstraße 18
Vorlage: I/430/2015/1

37.5 Verkauf des Grundstücks Gemarkung Eckartshausen, Flur 15 Nr. 90/9, "Der Braune Berg"
Vorlage: II/350/2015

38 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten

39 Bekanntgaben an die SVV

NIEDERSCHRIFT

Stadtverordnetenvorsteher Luft eröffnet die Sitzung um 20:07 Uhr. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und bei 27 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Er trägt die Vorschläge des Stadtverordnetenvorstandes zur Behandlung der Tagesordnung wie folgt vor:

Ohne Aussprache sollen die TOP 5, 8, 9, 10, 11, 12, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 32, 33, 35, 36, 37.1, 37.2, 37.3 und 37.4 behandelt werden.

- Zu TOP 20: Hier ergeht ein permanenter Bericht an den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss
- Zu TOP 21: Erster Absatz wird gestrichen.
- Zu TOP 37.1: Kosten des Verfahren werden von der Stadt getragen

Direkt in die Ausschüsse werden folgenden Punkte verwiesen:

- TOP 25 und 28 in den Haupt- und Finanzausschuss,
- TOP 33 in den Bau-, Planungs- und Umweltausschuss – hier wird der Ortsbeirat gehört, da die Stellungnahme fehlt.

Die TOP 13 und 14 sollen in verbundener Debatte behandelt werden.

Stv. Lachmann hat einen Eilantrag - vorgelegt. Aufgrund dessen, dass dieser unzulässig ist, wird darüber nicht abgestimmt.

Weiterhin hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen Antrag gegen die Fuchsbejagung vorgelegt. Bei der Abstimmung über die Aufnahme auf die Tagesordnung erhält dieser 23 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen - die erforderliche 2/3 Mehrheit wird damit nicht erreicht. Bürgermeister Spamer sagt aber zu, mit den Jagdpächtern das Gespräch aufzunehmen.

Der vorgeschlagenen Verfahrensweise zur Tagesordnung wird mehrheitlich mit 26 Ja-Stimmen und einer Gegenstimme zugestimmt.

1 Anfragen aus der Bevölkerung

Es lagen keine Anfragen aus der Bevölkerung vor.

2 Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers

Stadtverordnetenvorsteher Luft teilt mit, dass der Landrat des Wetteraukreises in dem von der Stadtverordnetenversammlung beantragten Disziplinarverfahren gegen den Bürgermeister eine Disziplinarverfügung erlassen habe, die den Fraktionen bekannt sei. Über die daraus zu ziehenden weiteren Folgerungen berate derzeit der Stadtverordnetenvorstand.

3 Aktuelle Anfragen und Magistratsmitteilungen

Bürgermeister Spamer teilt mit, dass die Markterkundung BiGo abgeschlossen sei. Ein Ergebnis liege aber noch nicht vor. Weiterhin teilt er mit, dass die Redaktionskonferenz Florian die Feuerwehren der Stadt Ortenberg und Büdingen zur Feuerwehr des Monats Februar ausgezeichnet worden seien. Die Überreichung der Urkunde sei am 12.03.2015.

3.1 Aktuelle Anfrage des Stv. Bähr, betr.: "Hohe Straße", hier: Baumpflanzung am Rastpunkt Lohrbach

Vorlage: Anf/344/2015

Stv. Bähr fragt an, ob Bäume am Rastpunkt Lorbach – „Hohe Straße“ – falsch gepflanzt worden seien.

Bürgermeister Spamer erklärt, dass die Pflanzung entsprechend der Planung erfolgt sei. Nach Beschwerden erfolge nun eine Feststellung der Grenzen.

3.2 Aktuelle Anfrage des Stv. Jentzsch, betr.: Baumaßnahme "Düdelzheimer Str."

Vorlage: Anf/345/2015

Stv. Jentzsch fragt nach dem Baufortschritt „Düdelzheimer Str.“ – wann sei der Termin der Fertigstellung?

Bürgermeister Spamer erklärt, dass die Arbeiten wieder aufgenommen worden seien und diese im Zeitplan seien. Die Fertigstellung sei auf die zweite Jahreshälfte 2015 terminiert. Den genauen Termin lasse er durch das Büro für Organarbeit zukommen.

3.3 Aktuelle Anfrage des Stv. Jentzsch, betr.: Beginn der Baumaßnahme "Berliner Str."

Vorlage: Anf/346/2015

Stv. Jentzsch fragt an, wann mit der Baumaßnahme die „Berliner Str.“ begonnen werden?

Bürgermeister Spamer erklärt, dass die Planung „Berliner Str.“ noch nicht abschließend behandelt sei. Sachstand derzeit sei, dass die Brücke saniert und über eine Gehwegweiterung noch beraten werde. Beginn der Maßnahme sei wahrscheinlich erst in 2017.

Stv. Cott übernimmt um 20:29 Uhr den Vorsitz.

Die Kanalbaumaßnahmen müsse ggf. um geplant werden – die Baumaßnahmen solle in einem „Rutsch“ durchgeführt werden.

Stvv. Luft übernimmt um 20:32 Uhr wieder den Vorsitz.

3.4 Aktuelle Anfrage der Stve. Kalbhenn, betr.: Sachstand Sportplatzsanierung

Vorlage: Anf/347/2015

Stve. Kalbhenn fragt wie denn der Sachstand der Sportplatzsanierung sei.

Bürgermeister Spamer sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

4 Bericht des Kämmers über die Kassenlage gemäß Begleitbeschluss 6 zum Haushalt

Kontostände	Auszug vom	Stand	zuzügl. Abbuchungen abzgl. Überweisungen	Endstand
Sparkasse	25.02.2015	662.518,24		662.518,24
VR Bank	25.02.2015	1.608.625,16		1.608.625,16
Postbank	25.02.2015	74.900,89		74.900,89
Gesamtsumme				2.346.044,29
Ausgaben/Rechnungen				
fertig zum überweisen				84.363,36
erfasste Rechnungen im Umlauf				36.987,25
Eingangs-Rechnungen			ca.	40.000,00
Kreis/Schulumlage 03/2015				0,00
Gehälter 02/2015	(SV bereits bezahlt)		ca.	460.000,00
Gesamtsumme				621.350,61
Einnahmen				
Schlüsselzuweisung				0,00
Abbuchungslauf 1. Qu.			ca.	0,00
Gem.ant. Steuern			ca.	0,00
Gesamtsumme				0,00
Bankbestand				2.346.044,29
Verbindlichkeiten				-621.350,61
Forderungen				0,00
Kassenkredithöhe				14.000.000,00

Endstand 26.02.2015				1.724.693,68
Endstand inkl. Kassenkredit 26.02.2015				- 12.275.306,32

Anfragen der Fraktionen

5 Anfrage des Stv. Lachman, betr.: Geplante Ersteinnahmeeinrichtung in der Kaserne

Vorlage: IV/156/2015

Stv. Lachmann stellte folgende Anfrage:

1. Wann erfuhren der Bürgermeister, der Magistrat und der Stadtverordneten-
vorsteher von den Plänen:
 - a) Asylbewerber in den Gebäuden der ehem. Kaserne unterzubringen?
 - b) In der Kaserne eine Ersteinnahmeeinrichtung zu errichten?
2. Trifft es zu, dass der Magistrat zunächst die Pläne ablehnte in der ehem.
Kaserne Asylbewerber unterzubringen?
Falls ja: Wie steht der Magistrat zu den neuen Nutzungsplänen für das Ka-
sernengelände?
3. Wie sieht der Bürgermeister die Mobilisierung der Gegenseite (bisher nur
auf Facebook)?
4. Sind außer der Informationsveranstaltung in der WZH weitere Veranstal-
tungen geplant?
Falls ja: Wann und wo?
5. Weshalb wurden zur Informationsveranstaltung nicht der örtliche Polizei-
chef von Gießen oder unabhängige, nicht von Steuergeldern bezahlte
Fachleute eingeladen, welche über ihre Erfahrungen mit Asylanten berich-
ten können?
6. Plant der Magistrat einen „Flyer“ herauszugeben, in dem „die Argumentati-
on der Kritiker entkräftet werden sollen“?
Falls ja: Wer trägt die Kosten für Erstellung, Druck und Verteilung des
Flugblattes?

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Lachmann
Stadtverordneter

Aussprache:

Stv. Lachmann trägt seine Anfrage vor.

Bürgermeister Spamer erklärt zu 1. Und 2., dass er Anfang Dezember 2014
telefonisch vom RP Gießen informiert worden sei. Nach Rücksprache mit Ers-
ten Stadtrat Hix sei der Magistrat am 11.12.2014 informiert worden. Die Stadt-
verordnetenversammlung sei am 12.12.2014 davon in Kenntnis gesetzt wor-
den. Wann der Stadtverordnetenvorsteher davon in Kenntnis gesetzt worden
sei, könne er jetzt nicht mehr sagen.

Zu Frage 3 gäbe er keine Antwort.

Zu 4. Falls notwendig werde es weitere Informationsveranstaltungen geben.

Zu 5. Ziel sei es gewesen die Bürger zu informieren.

Zu 6. Es seien keine Aktivitäten seitens des Magistrates geplant, daher gäbe auch keine Aussage zu den Kosten.

6 Anfrage der Fraktion CDU, betr.: Folgemaßnahmen nach Beendigung des Projekts "Familienstadt mit Zukunft"

Vorlage: IV/157/2015

Am 25.02.2014, also vor ziemlich genau einem Jahr hatte unsere Fraktion einen Antrag, bzgl. der Folgemaßnahmen nach Beendigung des Projekts "Familienstadt mit Zukunft" im Jahre 2016 gestellt. In der 48. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag einstimmig in den "Ausschuss JKS" verwiesen. Eine Behandlung steht bis heute aus. Wir wiederholen daher unsere Fragen und erwarten umfassende Antworten bis zur nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im März.

Unsere Fragen, damals wie heute, lauten:

1. Welche Vorschläge unterbreitet der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung zur Fortführung von Maßnahmen nach Beendigung des Projekts "Familienstadt mit Zukunft" im Jahre 2016?
2. Hat der Magistrat zwischenzeitlich geprüft, ob und ggf. welche Einzelmaßnahmen durch das "LEADER"-Programm des Regionalmanagements Oberhessen gefördert werden können?

Mehr denn je ist das Projekt für die Stadt ein "Fluch und Segen" zugleich. Nicht immer kann man so "familienfreundlich" sein, wie man es gerne möchte.

Da nach Beendigung des Projekts im Jahre 2016 keine Fördergelder mehr fließen, muss die Stadt Büdingen überlegen an welchen sinnvollen Maßnahmen der letzten 8 Jahre festgehalten werden soll.

Ein belastbares Konzept fehlt bis heute. Das in der Dezembersitzung vorgelegte DIN A4 Blatt des zuständigen Dezernenten kann allenfalls als Absichtserklärung bezeichnet werden. Aufgrund der Tatsache, dass bereits zwei wichtige Führungskräfte aufgrund von fehlenden Perspektiven gekündigt haben, besteht dringender Handlungsbedarf.

Eine Aussprache wird vorsorglich beantragt.

mit freundlichen Grüßen

gez.

Robert Preußner

Fraktionsvorsitzender

Antwort:

Stve. Gohlke erläutert die Anfrage.

Bürgermeister Spamer erklärt, dass es Wunsch des Ministeriums gewesen sei, dass der er als Bürgermeister zuständig sei. Ansonsten sei das Amt für Jugend, Kultur und Soziales zuständig.

Erster Stadtrat Hix führt weiterhin folgendes aus: Zu Frage 1: Durch das Ausscheiden der beiden Mitarbeiterinnen im Planet sei das Amt für Jugend, Kultur und Soziales angewiesen, die zwischenzeitliche Fortführung des Betriebes zu sichern. Eine Neubesetzung könne frühestens zum 01.04.2015 erfolgen. Es lägen Bewerbungen vor und die Gespräche würden in Kürze stattfinden. Es

seien noch Projektanträge offen, die unter der neuen Leitung verwirklicht werden sollen. Bis zum Ablauf des Projektes solle sichergestellt werden, dass durch eine gemeinsame Zusammenarbeit zwischen JKS und Planet wesentliche Aufgaben in die Verwaltung übernommen werden können oder entsprechend eigenständig weitergeführt würden.

Würden nach Beendigung des Projektes Aufgaben fortgeführt, die sinnvoll seien, seien entsprechende Mittel in den Haushalt 2017 einzuplanen.

Die Stadtverordnetenversammlung werde ab sofort regelmäßig über den Fortgang des Planeten informiert.

Stv. Cott verwehrt sich gegen einen verdeckten Untätigkeitsvorwurf. Bisher seien seitens der Verwaltung keine Angaben zum Konzept erfolgt. Dem Amt für Jugend, Kultur und Soziales sei es bisher nicht bewusst gewesen, dass es zuständig sei. Im Organisationsplan sei das Projekt direkt dem Bürgermeister unterstellt. Es würde jämmerlich behandelt und es sei an der Zeit, dass es endlich voran gehe.

Stve. Preißer fragt nach warum ein Zwischenbericht aus 2012 nicht im Ausschuss für Jugend, Senioren, Kultur, Soziales und Sport beraten worden sei. Wenn ein Projekt läuft, dann sei Bürgermeister Spamer zuständig, wenn dies abgewickelt werden müsse, schiebe er es ab - dies sei typisch für Bürgermeister Spamer. Die Kosten seien zu berücksichtigen. Das Land Hessen habe derzeit Kosten von ca. 400.000,00 €. Im Hinblick auf den defizitären Haushalt sei es fraglich wie das laufen solle. Wahrscheinlich werde das Ehrenamtliche übrig bleiben und dies sei beim Amt für Jugend, Kultur und Soziales gut aufgehoben.

Stv. Merz führt aus, dass das Projekt fast zehn Jahre laufe und dafür dass es Chefsache sei nichts Nachhaltiges bleibe. Der Ausschuss für Jugend, Senioren, Kultur, Soziales und Sport hätte öfters nachfragen können.

Stv. Bähr betrachte es skeptisch, wenn eine Sache vom Land gefördert werde. Manche Sachen würden ja bleiben, Bsp. Backhaus Calbach, die Mehrgenerationen-plätze seien sinnvoll. Im Gegensatz die Eisbahn, die irgendwo rumläge. Es könne nicht immer alles ehrenamtlich bemacht werden. Die Sache solle beendet werden.

Stv. Majunke erklärt, dass das Projekt nicht komplett ein Misserfolg sei. Es sei klar, dass die Stadt nicht 500.000,00 € tragen könne.

Zu Frage 2 erklärt **Erster Stadtrat Hix**, nach Rücksprache mit der Wirtschaftsförderung des Wetteraukreises seien erst seit dem **25. Februar 2015** die Rahmenbedingungen für das „LEADER“-Programm bekanntgegeben. Ebenfalls sei erst zu diesem Zeitpunkt die genaue zur Verfügung stehende Mittelhöhe mitgeteilt. Die neuen Anträge stehen ab sofort zur Verfügung. Eine Info-Auftaktveranstaltung sei für den 2. Juni 2015 in Wölfersheim geplant.

7 Anfrage der Fraktion SPD, betr.: Sachstand zur Beendigung der Verträge "Reichhardsweide" mit der HLG

Vorlage: IV/158/2015

Stv. Kaiser erklärt, dass die Stadtverordnetenversammlung am 11. April 2014 beschlossen habe, dass die Beendigung der Verträge „Reichhardsweide“ mit der HLG geprüft werden solle.

Der Magistrat werde gebeten einen Sachstandbericht zu geben.

Eine Aussprache werde vorsorglich beantragt.

Aussprache:

Stv. Kemink erinnert an die vor geraumer Zeit gefassten Beschlüsse. Daraus habe sich ein entsprechender Fragenkatalog ergeben:

- Wie ist der derzeitige Projektstand?
- Wie sind die noch zu erwartenden Kosten?
- Was können wir noch aus den Grundstücken Erlösen?
- Wie sieht ein Vermarktungskonzept aus? Das die Vermarktung nicht durch die HLG sondern durch Externe erfolgen soll.
- Wie kann eine Finanzierung erfolgen, dass der enorme Kreditbetrag abgelöst werden kann?

Dank der Vorsitzenden des Haupt- und Finanzausschusses liegt inzwischen eine Lösung zur Ablösung der Kredite vor. Hier ist jetzt die Frage, wie weit da die Umsetzung sei. Da seitens der HLG nur eine Unterstützung zur Vermarktung vertreten werde, dafür aber 6% Provision fällig sei, sei nun die Frage: Was habe die Verwaltung bisher getan um die Reichardsweide besser vermarkten zu können endlich von der HLG weg zu kommen? Es zeige sich ja, dass die Erfolge der HLG mager seien. Er weise darauf hin, dass Stve. Preißer hierzu bereits am 19.11.2010 nach der Vermarktungssituation gefragt habe. Daraufhin habe Bürgermeister Spamer ihr geantwortet – es verliert nur den letzten Satz der umfangreichen Antwort: „*Dies obliegt ausschließlich der HLG.*“ Es nütze nichts, wenn der Bürgermeister durch die Zeitung mitteilen lasse, dass viele Nachfragen vorlägen. Es müsse gesehen werden, dass Grundstücke verkauft würden, damit wir endlich vom Schuldenstand der HLD runterkämen.

Bürgermeister Spamer rügt, dass dies jetzt ein anderer Fragenkatalog sei, als der in der schriftlichen Anfrage. Er verliert noch mal die eingereichte Anfrage und erklärt dass er hierzu Stellung nähme. Zu den anderen Punkten werde er ausführlich Stellung nehmen. Er könne bereits erwähnen, dass 2010 die Reichardsweide noch nicht erschlossen gewesen sei. Jetzt herrsche rege Bautätigkeit. Das ein Gebiet nicht in wenigen Wochen, Monaten vermarktet sei, dürfe ihnen ja auch klar sein, dies sehe man ja auch im Bereich ZWIGL. Hier gehe auch nicht schneller. Zur eigentlichen Anfrage nähme er wie folgt Stellung: Die Beendigung der Verträge mit der HLG wurden bereits mehrfach im Haupt- und Finanzausschuss beraten. Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Sitzung vom 11.04.2014, dass das Bodenbevorratungskonto für die Gebiete Reichardsweide und Bachmichel abzulösen sind. Die Kreditgenehmigung durch den Landrat stehe noch aus. Bezüglich der Umsetzung habe der Magistrat in seiner Sitzung vom 12.02.2015 weitere Fragen an die Verwaltung. Die Finanzabteilung solle bei der OFD eine Anfrage bezüglich der Grunderwerbssteuer stellen. Falls der Vertrag mit der HLG aufgelöst werde, fallen die Grundstücke wieder an die Stadt und somit sei die Grunderwerbssteuer fällig. Dies sei ein nicht unerheblicher Punkt. Der Magistrat habe auch darum gebeten, dass mit der HLG die vertragliche Gestaltung der Provisionshöhe verhandelt werden solle. Es werde darüber berichtet. Über die anderen Punkte erhalte er einen ausführlichen schriftlichen Bericht.

Stve. Kalbhenn äußert ihr Verständnis über die Anfrage, da der Beschluss bereits zehn Monate alt sei. Seitdem sei der Punkt wiederholt im Ausschuss auf der Tagesordnung und es habe bisher keine Aussage dazu gegeben. Daher Sie sei verwundert über die Aussage des Bürgermeisters, dass die Fragen

neu seien. Die Kosten der HLG würden nur grob dargestellt und seien nicht nachvollziehbar. Transparenz werde dringend benötigt. Ein Vermarktungskonzept läge immer noch nicht vor, Termin sei der 14.02.2015 gewesen. Es seien auch Abwanderungsgedanken von Büdinger Firmen bekannt. Dem sei dringend entgegen zu wirken. Es werde die Beantwortung der Fragen bis Ende März im Haupt- und Finanzausschuss gefordert.

Stv. Richter erklärt, dass der Antrag bereits im März letzten Jahres gestellt worden sei. Bürgermeister Spamer solle sich nicht wundern, dass er erinnert werde. Ein Vermarktungskonzept sei nicht Sache der Ehrenamtlichen, sondern eine Chefsache. Er solle nicht so tun als sei alles neu.

Bürgermeister Spamer entgegnet es sei nicht neu. Frage wäre, wie verhindert werden könne, dass für Grunderwerbssteuer 1 Mio. Euro gezahlt werden müsse. Es sei eine Vielzahl von Überlegungen anzustellen, auch unter anderem den Kredit abzulösen und andererseits wieder eine Sicherheit benötigen um unsere Forderungen abzusichern. Dies sei alles nicht von heute auf morgen zu klären.

Stve. Kraft-Marhenke führt aus, dass im letzten Bürgermeisterwahlkampf das Tourismuskonzept dauernd Thema gewesen sei. Jetzt sei es das Vermarktungskonzept. Sie halte dies für einen Showantrag. Es werde dauernd auf Bürgermeister Spamer rumgehackt, dadurch aber auch auf die Verwaltung.

Stv. Kemink erklärt, wenn die Verträge mit der HLG so seien, dann werde früher oder später der Betrag gezahlt. Bürgermeister soll doch sagen, wenn die Grunderwerbssteuer zu zahlen sei. Es werde seit einem Jahr um den heißen Brei geredet.

Bürgermeister Spamer erklärt, dass der Magistrat des Beschluss gefasst habe einen Makler zu beauftragen. Im Ausschuss sei gefragt worden, ob eine Ausschreibung notwendig sei. Dies sei zwischen der Rechtsabteilung und dem HSGB noch nicht abschließend geklärt. Er unterstellt **Stv. Kemink** ihm dauernd eine „reinzuwürgen“.

Stve. Kalbhenn erklärt an **Stve. Kraft-Marhenke** gerichtet, dass bereits seit 2012 ein Vermarktungskonzept gefordert würde und es daher nichts mit dem Bürgermeisterwahlkampf zu tun habe.

Stve. Kraft-Marhenke spricht **Stve. Kalbhenn** an und erklärt, dass sie genau wüsste wie lange es gedauert habe die Grundstückspreise zu ermitteln. Weiterhin erklärt sie, dass der beauftragte Makler ja ein Mitglied der CDU sei (*allgemeines Gelächter*).

Stadtverordnetenvorsteher Luft erklärt er sei es nicht.

Anträge der Fraktionen und Beiräte

8 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Nein zu den Freihandelsabkommen TTIP und TISA

Vorlage: III/425/2015

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich gegen die Pläne der EU aus, die Freihandelsabkommen TTIP und TISA zu verabschieden.
2. Die in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien sollen ihre Abgeordneten im Landtag, Bundestag und im Europäischen Parlament auffordern, die Verhandlungen über Freihandelsabkommen TTIP und TISA einzustellen bzw. bei Anträgen über die Abkommen dagegen zu stimmen.

3. Die Stadt Büdingen beruft einen „runden Tisch“ mit Vertretern des Kreistages, der Stadtverordnetenversammlung, ATTAC und Vertretern der BSB, des Wolfgang-Ernst-Gymnasium und der Schule am Dohlberg ein und führt eine Kampagne (Info-Flugblätter usw.) über die Freihandelsabkommen CETA, TTIP, TISA und deren Auswirkung auf jeden Büdinger und unsere Gesellschaft durch.

Begründung:

Die Freihandelsabkommen werden sich negativ auf die Gesundheit und Lebensumstände der Büdinger auswirken. Da die Medien nicht oder nur unzureichend über diese Themen berichten, müssen wir handeln und zur Aufklärung beitragen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Lachmann
Stadtverordneter

Aussprache:

Stv. Lachmann begründet den Antrag.

Stve. Preißer rügt die fehlende Zuständigkeit. Sie vertritt die Meinung, dass die Stadtverordnetenversammlung hierfür nicht zuständig sei und sieht daher keinen Anlass hier zu zustimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Die Ablehnung erfolgte mit 26 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme.

9 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Kommunale Daseinsvorsorge nicht durch Freihandelsabkommen gefährden

Vorlage: III/426/2015

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss und appelliert an

- die Kommission der Europäischen Union
- das Parlament der Europäischen Union
- die Bundesregierung
- die Landesregierung Hessen

sich im Zuge der Verhandlungen um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP), und des internationalen Dienstleistungsabkommens "Trade in Services Agreement" (TISA), sowie auch beim bereits verhandelten Freihandelsabkommens mit Kanada (CETA) uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung, den Schutz und Fortbestand der kommunalen Daseinsvorsorge und der kommunalen Kultur- und Bildungspolitik einzusetzen.

1. Die Verhandlungen sollen mit größtmöglicher Transparenz- und Öffentlich-

- keit zu führen sind.
2. Die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der kommunalen Infrastruktur – auch nicht durch die Verwendung sogenannter Negativlisten – eingeschränkt werden darf und Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien nicht verschlechtert werden dürfen.
 3. Umwelt- und Sozialstandards und die Möglichkeiten politischer Gestaltung nicht durch Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren parallel zur bestehenden Gerichtsbarkeit gefährdet werden dürfen.

Insbesondere wird die Bundesregierung aufgefordert, im Ministerrat der Europäischen Union im Bereich der Dienstleistungen aktiv für so genannte Positivlisten einzutreten, die explizit nicht die kommunale Daseinsvorsorge sowie den Kultur-, Gesundheits- und Bildungsbereich tangieren. Die Anwendung von Negativlisten im bereits verhandelten Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) darf nicht gebilligt werden. Hier muss nachverhandelt werden.

Begründung:

Die transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP und CETA stellen die Gestaltungsmacht der Kommunen grundsätzlich infrage. Die kommunale Daseinsvorsorge darf nicht durch die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada gefährdet werden.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Lachmann
Stadtverordneter

Aussprache:

Stv. Lachmann begründet den Antrag.

Beschluss:

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Die Ablehnung erfolgte mit 26 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme.

10 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Nein zur Erstaufnahmeeinrichtung

Vorlage: III/427/2015

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt den positiven Beschluss, der in der Sitzung am 12.12.2014 getroffen wurde, zurück.
2. Die Bundesanstalt für Immobilienangelegenheiten (BIMA) mögen umgehend das Nutzungskonzept, ohne Einbeziehung der Erstaufnahmeeinrichtung, umgestalten und die Gebäude neu verplanen.

Begründung:

Unsere Stadt sollte die Ängste und Ablehnung vieler Büdinger Bürger ernst nehmen und sich gegen die schädliche Asyl- bzw. Ausländerpolitik in unserem Land stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Lachmann
Stadtverordneter

Aussprache:

Stv. Lachmann begründet den Antrag.

Stve. Preißer verweist auf eine Ausstellung des British Museum London. Hier werde die Vertreibung als Folge des Krieges dargestellt. Es werde die Geschichte der Integration der damaligen Heimatvertriebenen aufgegriffen. Viele Büdinger gäbe es nicht ohne die Flüchtlinge. Vor diesem Hintergrund sei das Asylrecht unantastbar. Der Beschluss zur Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung müsse aufrecht erhalten bleiben.

Stv. Lachmann erklärt die Stadt müsse verhindern, dass es hier Verhältnisse wie in Gießen gäbe. Auf den Beitrag von **Stve. Preißer** gehe er nicht ein, der sei Quatsch.

Stv. Cott empfindet das Wort Lager in diesem Zusammenhang von **Stv. Lachmann** mehr als unangebracht. Leute wie er seien damals wie heute schädlich. Solche Denkweisen, die andere diskriminieren und Flüchtlinge herabwürdigen seien zurückzuweisen.

Stv. Lachmann zitiert aus Wikipedia: Das Aufnahmelager Gießen sei das erste Aufnahmelager in Hessen – auch hier würde von Lager gesprochen.

Beschluss:

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Die Ablehnung erfolgte mit 26 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme.

11 Antrag des Stv. Lachmann, betr.: Asylantenflut auf Büdingen stoppen

Vorlage: III/428/2015

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgenden Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Land Hessen auf, alle abgelehnten Asylbewerber umgehend auszuweisen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fordert das Land Hessen auf, die Bundesregierung aufzufordern, das *einklagbare Recht* auf Asyl in Art. 16, Absatz 2 im Grundgesetz abzuschaffen.
3. Eine Klage gegen die Zuweisungsquote von Ausländern/Flüchtlingen im Landesaufnahmegesetz des Landes Hessen ist zu prüfen und bei aussichtsreichem Prüfausgang, der Klageweg zu bestreiten.

Begründung:

Zahlreiche Politiker forderten im vergangenen Jahr die Änderungen bei den

Asylgesetzen. Dies sollten nicht nur Lippenbekenntnisse sein, sondern muss auch mit der Verschärfung der Gesetze umgesetzt werden. Deutschland kann nicht Zahlmeister für die ganze Welt sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Lachmann
Stadtverordneter

Aussprache:

Stv. Lachmann erläutert den Antrag. Er vertrete die Auffassung, dass hessische Kassen geplündert und Steuern verschwendet würden.

Beschluss:

Der Antrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Die Ablehnung erfolgte mit 26 Nein-Stimmen bei einer Ja-Stimme.

12 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Beleuchtung zwischen Eberhard-Bauner-Allee und Bahnhofstraße

Vorlage: III/429/2015

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat wird beauftragt, unverzüglich für eine Beleuchtung des Stichweges zwischen Eberhard-Bauner-Allee und Bahnhofstraße (Eingang links neben Bahnhofstraße 30, Ausgang rechts neben Eberhard-Bauner-Allee Nr. 29) zu sorgen.

Speziell sollen:

- eine Vereinbarung mit dem Eigentümer über die Nutzung und die Verkehrssicherungspflicht getroffen
- die durchgängige Beleuchtung mit mindestens ein bis zwei Straßenleuchten hergestellt werden.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

13 Antrag der Fraktion CDU, betr.: Schulbetreuung an der Stadtschule Büdingen der 1. und 2. Klasse

Vorlage: III/435/2015

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat werde beauftragt dafür zu sorgen, das entsprechende Räumlichkeiten zur Betreuung der Schüler der 1. und 2. Klasse zur Verfügung gestellt werden.

Es werde vorgeschlagen die Räumlichkeiten im alten Gymnasium, die zu Zeit noch von JJ zur Jugendbetreuung genutzt würden hierfür zu nutzen, bzw. weiterhin anzumieten.

Eine Kombination von Schülerbetreuung und JJ solle geprüft und angestrebt werden.

Beschluss:

Der Antrag wird an den Ausschuss JKS und den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mehrheitlich mit 24 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen.

14 Antrag der Fraktion FWG, betr.: Schulkinderbetreuung an Grundschulen in Büdingen durch die Schulfördervereine

Vorlage: III/430/2015

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge wie folgt beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen und den Schulförder- /Schulbetreuungsvereinen

1. für die Zahl der Grundschulkinder, die von den Förder- und Betreuungsvereinen der vier Grundschulen (Büdingen, Düdelsheim, Wolf und Vonhausen) seit Beginn des neuen Schuljahres im Herbst 2014-15 aufgenommen wurden, die erforderlichen Zuschüsse zu ermitteln und in den Haushalt 2015 einzuarbeiten.
2. weitere Unterstützungsmöglichkeiten bei den Verwaltungsaufgaben der Schulkinderbetreuung – insbesondere den Personal- und Essensabrechnungen – zu prüfen.
3. zu prüfen, ob Räume des Kindergartens Brunostraße für die Schulkinderbetreuung in der Stadtschule Büdingen genutzt werden können und welche Kosten damit verbunden sind.
4. einen Bericht „Betreuung von Schulkindern in Büdingen, Bestandsaufnahme und Perspektiven“ vorzulegen, der eine systematische Überprüfung und Bewertung des bisherigen Angebotes für Schulkinder vornimmt und nachhaltige Entwicklungsoptionen aufzeigt. Die Bestandsaufnahme beschreibt alle Betreuungsangebote im Bereich Grundschule, der Angebote des Planen Zukunft, des Tintenkleckses sowie der Kinder- und Jugendhilfe. Sie stellt den jeweiligen Ausbaustand der Entwicklung in Büdingen dar. Diese Angebote werden qualitativ bewertet und stadtteilbezogen quantitativ dargestellt. Davon ausgehend erfolgen eine Einschätzung der Versorgungssituation und eine Bedarfsprognose, zudem werden Perspektiven für die weitere Entwicklung abgeleitet.
5. verstärkt Gespräche mit Unternehmen, mit Blick auf die Finanzierungsbeteiligung dieser bei der Schulkinderbetreuung aufzunehmen.
6. Die Fördervereine werden darauf hingewiesen, dass der dringend notwendige Ausbau der Schulkinderbetreuung vor dem Hintergrund der schwierigen finanziellen Situation der Stadt geschieht. Daher müssen alle Planun-

gen zum Investitionsbedarf stets unter dem Gesichtspunkt der wirklich notwendigen Anforderungen getroffen werden.

Beschluss:

Der Antrag wird an den Ausschuss JKS und den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt mehrheitlich mit 24 Ja-Stimmen und 4 Gegenstimmen.

15 Antrag der Stve. Preißer, betr.: Hochwasserschutz - Maßnahmen im Ernstfall

Vorlage: III/431/2015

Beschluss:

Der Antrag wurde wegen Sitzungsendes zurückgestellt.

16 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Auftragsvergabe der HLG - hier: Anhörung des Finanzausschusses

Vorlage: III/432/2015

Beschluss:

Der Antrag wurde wegen Sitzungsendes zurückgestellt.

17 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Areal der ehemaligen Armstrong Barracks

Vorlage: III/433/2015

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen erwirbt, entwickelt und vermarktet das Areal der ehemaligen Armstrong Barracks in 63654 Büdingen, Lorbacher Straße, in eigener Regie.

Beschluss:

Der Antrag wird mehrheitlich abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Die Ablehnung erfolgte mit 24 Nein-Stimmen bei 2 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

18 Antrag der Fraktion Pro Vernunft, betr.: Städtebauliches Konzept für das Gelände der Armstrong Barracks

Vorlage: III/434/2015

Beschluss:

Der Antrag wird wegen Sitzungsendes zurückgestellt.

Vorlagen des Stadtverordnetenvorstehers

19 Vorlage des Büros für Organarbeit, betr.: Antrag der FDP-Vertreterin, Frau

Preißer, betr.: Mobiler Mandatsträger**Vorlage: III/411/2014/1****Beschlussvorschlag:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Das Büro für Organarbeit wird als Geschäftsstelle der Stadtverordnetenversammlung beauftragt, zusammen mit der Hauptverwaltung und WEBIT die Vorbereitungen zu treffen, damit mit der nächsten Mandatsperiode ein papierloser Sitzungsdienst eingeführt werden kann.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 24 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen.

Ausschussberichte**20 Bericht des Ausschusses WET, betr.: Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 19 "Reichardsweide" zur Errichtung eines Tegut-Marktes****Vorlage: I/394/2014/2****Beschlussvorschlag:**

Der Ausschuss WET empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung folgende Beschlussfassung:

1. Der Beschlussvorschlag des Magistrates wird abgelehnt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung fasst den Beschluss, das Verfahren zur förmlichen Änderung des bestehenden Bebauungsplanes Nr. 19 „Reichardsweide“ einzuleiten mit dem Ziel, die Ansiedlung des eines tegut-Marktes auf dem Grundstück „An der Saline 32“ zu ermöglichen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fasst den nach § 2 Abs. 1 BauGB zu veröffentlichenden Beschluss, den B-Plan Nr. 19 „Reichardsweide“ in seinem nördlichen Teil zu ändern und seinen Geltungsbereich um 1 Flurstück nach Norden zu erweitern, die Grenzen des Plangebietes sind in dem beigefügten Lageplan mit einer unterbrochenen Linie dargestellt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen, mit der Maßgabe, dass der Bau- und Planungsausschuss in seinen Sitzungen über den Fortgang der Arbeiten informiert wird.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

21 Bericht des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses betr. Büdingen, Stadtteil Orleshausen, Antrag auf Änderung des Bebauungsplans Nr. 2

"Am Herrnacker II"**Vorlage: I/089/2013/1/1/1****Beschlussvorschlag:**

Der Bau-, Planungs- und Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, dem folgenden Beschlussvorschlag nicht zuzustimmen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Änderung und Erweiterung des Bebauungsplans Nr. 2 „Am Herrnacker II“.

Es soll ein „Allgemeines Wohngebiet“ (WA) entsprechend den Festsetzungen für die umliegenden Grundstücke ausgewiesen werden.

Der Geltungsbereich ist in der beigefügten Karte kenntlich gemacht.

Die Änderung erhält die Ordnungsziffer 3.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung streicht den ersten Absatz des Beschlussvorschlages, den verbleibenden Rest lehnt sie sodann ab.

Abstimmungsergebnis:

Die Ablehnung erfolgte einstimmig mit 27 Nein-Stimmen.

22 Bericht des Haupt- und Finanzausschusses; Hier: Änderung der Entschädigungssatzung**Vorlage: II/318/2014/2****Beschlussvorschlag:**

Die Entschädigungssatzung bleibt unverändert bestehen. Die derzeit gültige Vergütung der Außenstellenleiter ist beizubehalten.

Der Magistrat wird damit beauftragt, Alternativvorschläge zu unterbreiten, wie der vorgesehene Konsolidierungsbeitrag von rund 23.000 Euro an anderer Stelle eingespart werden kann.

Beschluss:

Der Bericht wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

23 Bericht des Ausschusses WET, betr.: Gestattungsverträge Windkraft**Vorlage: VI/121/2015****Beschluss:**

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

- 24 Zwischenbericht der Verwaltung zu: Antrag der SPD-Fraktion, betr.: Einrichtung öffentlicher WLAN-Hotspots**
Vorlage: III/402/2014/1

Beschluss:

Der Zwischenbericht wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

- 25 Vorlage des Eigenbetriebes Gebäudewirtschaft, betr.: Wirtschaftsplan 2015 gem. § 15 EigBG**
Vorlage: I/426/2015/1

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes Grundstücks- und Gebäudewirtschaft wird beschlossen.

Beschluss:

Die Vorlage wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt auf den Vorschlag des Stadtverordnetenvorstandes mit 26 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme.

Vorlagen des Magistrates/Bürgermeisters

- 26 Vorlage des Gemeindevahlleiters, betr.: Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über die Angaben zu den Wahlbewerbern auf den Stimmzetteln**

Vorlage: II/348/2015

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, dass auf den Stimmzetteln für die Wahl zu den Gemeindeorganen im März 2016 für jeden Bewerber neben dem Familiennamen und dem Vornamen noch folgende Angaben wiedergegeben werden:

1. Der Beruf oder Stand,
2. das Geburtsjahr,
3. ein vom Familiennamen abweichender Geburtsname,

sowie für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung,

4. der Gemeindeteil des Wohnsitzes.

Beschluss:

Der Beschlussvorschlag wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Zwar stimmte eine Mehrheit für die Vorlage, 14 Ja-Stimmen bei 10 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen, die vom Gesetz vorgesehene qualifizierte Mehrheit von 19 Ja-Stimmen wurde jedoch nicht erreicht, so dass der Beschluss nicht wirksam gefasst wurde.

27 Vorlage des Hauptamtes, betr.: Vorschlag zur Mitgliederwahl des Ortsgerichts Büdingen III

Vorlage: I/420/2015

Beschlussvorschlag:

Der Magistrat bittet die Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Als Vorsteher des Ortsgerichts Büdingen III wird dem Amtsgericht Büdingen Wilhelm Hof vorgeschlagen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschloss wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

28 Jahresabschluss der Stadt Büdingen für das Haushaltsjahr 2009

Vorlage: I/395/2014/1

Beschlussvorschlag:

- I. Der Jahresabschluss 2009 wird beschlossen.
- II. Verwendung des Jahresergebnisses
 - a) Der Jahresfehlbetrag aus dem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 4.182.064,55 € wird auf neue Rechnung vorgetragen
 - b) Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 386.697,03 € wird für den Ausgleich der außerordentlichen Fehlbeträge der Vorjahre verwendet
- III. Die Rücklagenverwendung gem. § 23 GemHVO wird wie folgt festgelegt:
 - a) Entnahme der Rücklage "Abfallbeseitigung" in Höhe von 96.255,99 €
 - b) Zuführung aus der Rücklage "Markwald" in Höhe von 15.371,32 €
- IV. Die Haushaltsausgabereste der Vorjahre werden in das Folgejahr 2010 übertragen
- V. Gem. § 114 Abs. 1 HGO wird dem Magistrat die Entlastung erteilt.

Beschluss:

Die Vorlage wird an den Haupt- und Finanzausschuss verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgt auf Vorschlag des Stadtverordnetenvorstandes mehrheitlich mit 26 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme.

29 Breitbandausbau in Büdingen

Vorlage: I/431/2015/1/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung ist sich der Notwendigkeit der Breitbandversorgung bewusst und beschließt den Kooperationsvertrag mit der Bigo umgehend aufzukündigen und in interkommunaler Zusammenarbeit mit Kefenrod, den Ausbau des schnellen Internet im Wege des Zuschussmodells voranzutreiben.

Im Rahmen eines gemeinschaftlichen Ausbaues mit Kefenrod ist daher ein entsprechendes Interessenbekundungsverfahren (Ausschreibungsverfahren) über die Hessische Ausschreibungsdatenbank (HAD) durchführen.

Beschluss:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

30 Büdingen, Stadtteil Büdingen; Aufstellung eines Bebauungsplanes für den Bereich des Kasernengeländes

Vorlage: I/419/2015/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung eines Bebauungsplans für den Bereich „Am Lipperts“ (Kasernengelände) und die Änderung des Bebauungsplans Nr. 47 „Feuerwehr“. Der Flächennutzungsplan ist entsprechend zu ändern.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans bzw. der Flächennutzungsplanänderung ist in den als [Anlage 1](#) und Anlage 2 beigefügten Karten durch eine unterbrochene Linie kenntlich gemacht.

Der Bebauungsplan erhält die Ordnungsziffer 52.

Ziel bzw. Zweck der Planung ist die planungsrechtliche Festsetzung einer Nachfolgenutzung für die betreffenden Flächen.“

Beschluss:

Die Vorlage wird an den Bau- und Planungsausschuss verwiesen. Dort soll

entweder eine schriftliche Aussage des Wetteraukreises zur Unterbringung von Flüchtlingen durch den Kreis vorgelegt oder der zuständige Dezernent gehört werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte mehrheitlich mit 22 Ja-Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen.

31 Stadtbau in Büdingen, Emil Diemer-Anlage: Freiflächenplanungen LPH 1-3 HOAI.

Vorlage: I/406/2015/1

Beschluss:

Wegen Sitzungsendes zurückgestellt.

32 Büdingen, Stadtteil Calbach, Aufstellung eines Bebauungsplans für die Grundstücke Fl. 5 Nr. 82 und 83 "Die Grundwiesen"

Vorlage: I/993/2013/2

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Aufstellung eines Bebauungsplans für die Grundstücke Flur 5 Nr. 82 und 83 „Die Grundwiesen“ im Stadtteil Calbach gemäß Abgrenzung in der als Anlage beigefügten Liegenschaftskarte wird nicht zugestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte mehrheitlich mit 23 Ja-Stimmen bei 4 Gegenstimmen.

33 Bauvoranfrage / Antrag auf Aufstellung einer Satzung gem. § 34 BauGB / Änderung des Flächennutzungsplans für den Bereich "Ober dem Froschgarten"

Vorlage: I/415/2015/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gem. § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung einer Satzung gem. § 34 Abs. 4 Nr. 3 BauGB für die Grundstücke Gem. Wolf, Flur 1 Nr. 180, 181, 185 und 186 „Ober dem Froschgarten“.

Die Satzung erhält die Ordnungsziffer 3.

Der Geltungsbereich der Satzung ist in der als Anlage beigefügten Karte kenntlich gemacht.

In dem betreffenden Bereich sollen die Voraussetzungen für die planungsrecht-

liche Zulässigkeit von 2 Wohnhäusern geschaffen werden.“

Beschluss:

Die Vorlage wird an den Bau- und Planungsausschusses verwiesen. Der Ortsbeirat ist anzuhören.

Abstimmungsergebnis:

Die Verweisung erfolgte auf Vorschlag des Stadtverordnetenverbandes mit 26 Ja-Stimmen bei 1 Gegenstimme.

34 Umgestaltung der B 457 im Abschnitt Berliner Straße - An der Saline, Beschluss vom 31.01.2014, (Top 8, Vorlage: III/372/2014)

Vorlage: I/434/2015/1/1

Beschluss:

Wegen Sitzungsende zurückgestellt.

35 Vorlage des Bürgermeisters, betr. Spielplatz "Am Dohlberg"

Vorlage: II/349/2015

Beschlussvorschlag:

Der Stadtverordnetenbeschluss vom 12.09.2014, in welchem der Verkauf des Grundstückes nicht zugestimmt wurde und die Nutzung als Spielplatz weiterhin bestand haben soll, wird nochmal bestätigt.

Ergänzend dazu soll der Spielplatz umgehend wie in der Beschlussbegründung angeführt über den Planet Zukunft gemeinsam mit der Elterninitiative, unterstützend durch den Bauhof mit Neugeräten ausgestattet und gestaltet werden, so dass er schnellstmöglich wieder für den Spielbetrieb eröffnet werden kann.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

36 Interkommunale Zusammenarbeit betr. Beschaffung von 4 Drehleitern im Wetteraukreis

Vorlage: II/351/2015

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung stimmt einer evtl. hierzu möglichen Interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) aller beteiligten Städte grundsätzlich zu.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

37 Magistratsvorlagen Grundstücksgeschäfte

37.1 Änderung des Erbbaurechtsvertrages mit dem Schützenverein Düdelsheim für die Schießanlage am "Eichelbornrain"

Vorlage: I/439/2015/1

Beschlussvorschlag:

Der Erbbaurechtsvertrag vom 23. Okt. 2003 mit dem Schützenverein Düdelsheim über die Teilfläche aus dem Grundstück Gemarkung Düdelsheim, Flur 25 Nr. 1, auf der sich die Schießanlage am Eichelbornrain befindet , wird aufgehoben.

Der Erbbaurechtsvertrag wird mit gleichem Wortlaut für das Grundstück Gemarkung Düdelsheim, Flur 23 Nr. 1, Alte Sauangel, abgeschlossen.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen mit der Maßgabe, dass die Vertragskosten von der Stadt zu tragen sind.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

37.2 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“ in Eckartshausen

Vorlage: I/422/2015/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen verkauft an die Eheleute Artur und Aneta Glor mit Ihrer Tochter Amelie, Gartenstraße 8 , 63699 Kefenrod-Bindsachsen, im Baugebiet Eckartshausen „Am Sonnwiesenrain III“ den Bauplatz Flur 7 Nr. 99, Odenwaldring 21, mit 549 m².

Der Kaufpreis beträgt 160,00 €/m² = 87.840,00 €

Gem. dem Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20.04.2007 erhalten die Käufer für Ihre Tochter eine Vergünstigung von 10 m². Der Betrag von 1.600,00 € wird vom Kaufpreis in Abzug gebracht, so dass ein Kaufpreis in Höhe von **86.240,00 €** zu zahlen ist.

Der Kaufpreis wird am 31.10.2015 fällig.

Im Kaufpreis sind die Erschließungs-, Abwasser- und Wasserbeiträge, sowie der Kostenerstattungsbetrag nach § 135a BauGB enthalten.

Die Kosten des Rechtsgeschäfts gehen zu Lasten der Käufer.

Die Zustimmung des Ortsbeirates liegt vor.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

37.3 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet „Am Sonnwiesenrain III“ Gemarkung Eckartshausen, Flur 7 Nr. 119, Odenwaldring Nr. 2

Vorlage: I/423/2015/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen verkauft an die Eheleute ..., im Baugebiet Eckartshausen „Am Sonnwiesenrain III“ den Bauplatz Flur 7 Nr. 119, Odenwaldring 2, mit 593 m².

Der Kaufpreis beträgt 160,00 €/m² = 94.880,00 €

Gem. dem Grundsatzbeschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 20.04.2007 erhalten die Käufer für Ihre Tochter eine Vergünstigung von 10 m². Der Betrag von 1.600,00 € wird vom Kaufpreis in Abzug gebracht, so dass ein Kaufpreis in Höhe von **93.280,00 €** zu zahlen ist.

Im Kaufpreis sind die Erschließungs-, Abwasser- und Wasserbeiträge, sowie der Kostenerstattungsbetrag nach § 135a BauGB enthalten.

Die Kosten des Rechtsgeschäfts gehen zu Lasten der Käufer.

Der Ortsbeirat hat dem Verkauf zugestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

37.4 Verkauf eines Bauplatzes im Baugebiet "Am Sonnwiesenrain III, Gemarkung Eckartshausen Flur 7 Nr. 131, Spessartstraße 18

Vorlage: I/430/2015/1

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Büdingen verkauft an Herrn und Frau, im Baugebiet Eckartshausen

„Am Sonnwiesenrain III“ den Bauplatz Flur 7 Nr. 131, Sonnwiesenstraße 18, mit 532 m².

Der Kaufpreis beträgt 160,00 €/m² = 85.120,00 €

Im Kaufpreis sind die Erschließungs-, Abwasser- und Wasserbeiträge, sowie der Kostenerstattungsbetrag nach § 135a BauGB enthalten.

Die Kosten des Rechtsgeschäfts gehen zu Lasten der Käufer.

Der Ortsbeirat hat dem Verkauf zugestimmt.

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt wie vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

Der Beschluss erfolgte einstimmig mit 27 Ja-Stimmen.

37.5 Verkauf des Grundstücks Gemarkung Eckartshausen, Flur 15 Nr. 90/9, "Der Braune Berg"

Vorlage: II/350/2015

Beschluss:

Die Vorlage wurde wegen Sitzungsendes zurückgestellt.

38 Magistratsvorlagen Personalangelegenheiten

Es gab keine Vorlagen zu dem Tagesordnungspunkt.

39 Bekanntgaben an die SVV

Gemeindewahlleiter Bennemann teilte mit, dass die Vorlage TOP 26 der Tagesordnung nicht mit der vom Gesetzgeber geforderten Mehrheit der gesetzlichen Mitgliederzahl beschlossen worden sei und daher nur das vom Gesetz vorgesehene Minimum an Angaben auf den Stimmzetteln erscheinen würden.

Ende der Sitzung: 23:20 Uhr.

Büdingen, 2015-04-01

()
Schriftführer

(Bernd Luft)
Vorsitzender